



# Stadt Neubrandenburg

Tagesordnungspunkt

2

öffentlich

nicht öffentlich

Sitzungsdatum: 29. April 2010

Drucksachen-Nr.: V/199

Beschluss-Nr.: 109/08/10

Beschlussdatum: 29. April 2010

**Gegenstand:** Unterstützung der überparteilichen Volksinitiative für ein „Kostenfreies und vollwertiges Mittagessen an allen Kindertagesstätten und Grundschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern“

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

**Beschlussfassung durch:**  Oberbürgermeister

Hauptausschuss

Betriebsausschuss

Jugendhilfeausschuss

Stadtvertretung

## Beratung im:

Hauptausschuss

Stadtentwicklungsausschuss

Hauptausschuss

Kulturausschuss

Finanzausschuss

Schul- und Sportausschuss

Rechnungsprüfungsausschuss

Sozialausschuss

Jugendhilfeausschuss

Umweltausschuss

Betriebsausschuss

Neubrandenburg, 20.04.2010

Caterina Muth  
Fraktionsvorsitzende

**Beschlussvorschlag:**

Auf der Grundlage § 22 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern wird durch die Stadtvertretung nachfolgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadtvertretung ruft alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neubrandenburg auf, sich an der Unterschriftenaktion für ein „Kostenfreies und vollwertiges Mittagessen an allen Kindertagesstätten und Grundschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ zu beteiligen.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, parallel zur Volksinitiative, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass das Anliegen der Unterschriftenaktion umgesetzt wird.
3. Die Landtagsabgeordneten der Region werden gebeten, bei der Abstimmung im Landtag zur Volksinitiative positiv zu votieren und für die Sicherung der Finanzierung durch das Land Sorge zu tragen.

Finanzielle Auswirkungen: keine

**Begründung:**

Besonders in den letzten fünf Jahren hat sich die soziale Situation unserer Kinder in Mecklenburg-Vorpommern dramatisch verschlechtert. Etwa 40% aller Kinder leben in unserem Bundesland in Armut. Viele von ihnen kommen ohne Frühstück zur Kindertagesstätte bzw. zur Grundschule und müssen auch auf ein Mittagessen verzichten. Sie haben Hunger! Andere wiederum essen Fastfood und ernähren sich somit nicht gesund.

Ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder ist notwendig, um diskriminierende Ungleichbehandlung auszuschließen. Das ist ein logischer und längst überfälliger Schritt, um Hunger und falsche Ernährungsgewohnheiten in unserem Land zu beseitigen. Dafür ist nur der politische Wille unserer Landespolitiker erforderlich.

Die überparteiliche Volksinitiative kann erfolgreich sein, wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger an der Unterschriftenaktion beteiligen.